



Nordstr. 70  
18107 Elmenhorst  
Telefon 0381-5105300  
Telefax 0381-5105455  
Mobil 0177-3576035

Steuer-Nr. 079/261/09280  
E-Mail: [arno.reis@kabelmail.de](mailto:arno.reis@kabelmail.de)  
[www.agrar-mv.de](http://www.agrar-mv.de)

## **Antrag auf Erteilung eines Antragsformulars**

Europas Landwirte sind in Sachen Eigeninteresse sozusagen außer Rand und Band. Je nach nationaler Tradition und Veranlagung sind sie in den europäischen Ländern unterschiedlich aggressiv geworden. Aber wie auch immer – wenn man Reifenstapel wie im Bürgerkrieg anzündet, ungeliebtes Getreide vernichtet, wenn man Politiker bedrängt, beschimpft, nicht zu Wort kommenläßt oder sozusagen durch die Gassen treibt, dann verspielt man die Sympathie der Bürger. Ich bin in meinem Umfeld öfters gefragt worden, wieviel Kapital die Landwirte bei ihren Protesten mit Traktoren und anderen Fahrzeugen bewegen, wie hoch die Kosten der Demos, bestehend aus Zeit und Maschinennutzung seien und ob man dabei mit grüner Nummer und Dieselrückvergütung fahren dürfe, ob letztendlich diese Kosten nicht höher seien als die Kürzung der Dieselrückvergütung.

Überhaupt scheint die Dieselrückvergütung ein Schildbürgerstreich zu sein: auf Anfrage eines CDU-Bundestagsabgeordnete antwortete die Bundesregierung, die zusätzlichen Sachkosten betragen im Jahr 2024 600.000 € und im Jahr 2025 185.000 € -- dem Haushalt entstehen somit höhere Kosten als Einsparungen. Da wundert man sich, warum das Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit Rücknahme der Kürzung bei der Dieselrückvergütung nicht einfach durchgewinkt wird.

Landwirte haben viele und gute Gründe, ein Eingehen auf ihre Wünsche und Belange, aber auch auf ihr Wissen zu verlangen. Bei der notwendigen Transformation von der Verbrauchsgesellschaft (der endlichen Ressourcen) zur Verschonungsgesellschaft (zugunsten künftiger Generationen) werden sie nicht mitgenommen, eine Regierung mit angemäßigtem Wissen entscheidet über ihre Köpfe (und der Verbraucher) hinweg. So kommt es, daß die grünen Triebkräfte dahinter als landferne, übergriffige, großstädtische Elite wahrgenommen werden, die ihren Vertrauensvorschuß seit der Bundestagswahl verspielt haben.

Es zeigt sich ein dramatischer Wandel des politischen und ökonomischen Verständnisses: Ablösung der Sozialen Marktwirtschaft durch eine Interventionistische Wirtschaftsordnung in der man sich für allwissend hält. Der Begriff „Klimaschutz-Diktatur“ der vermeintlichen Gutmenschen ist bereits etabliert. Hintergrund ist die Überzeugung der Politiker, alles besser zu wissen als die Wissenschaft, als bestimmte Branchen, als der Mittelstand, als die Bürger. Man nennt das „Anmaßung von Wissen“. Und je stärker die von oben gewollte Transformation bürokratisch durchdrückt wird, desto größer, desto intensiver, desto verzwickter, desto unverständlicher ist das Regel-, Vorschrifts- und Kontrollwerk – perfekte Bürokratur. Hellsichtig war schon 1974 der Liedermacher Reinhard Mey mit seinem Text „Antrag auf Erteilung eines Antragsformulars“.

Großunternehmen mit vielen Beschäftigten, mit hohem Steueraufkommen, hohen Investitionssubventionen, können ihre Macht politisch subtiler nutzen. Landwirte haben diese Macht nicht, man hält sie am Subventionstropf, denn wer zahlt, der sagt wo's lang geht. Das gilt europaweit. Daß es zu derartigen Eruptionen kommt, muß für Politiker aller Couleur ein Warnschuß sein.

Aber auch die Landwirte müssen ihre Hausgaben machen und insbesondere- wie teilweise begonnen - konkrete, überprüfbare Vorschläge auf den Tisch legen, wie man es in ihrem Sinne besser machen kann, damit sie effizienter, umweltbewußter und für die Welternährung verantwortungsvoller wirtschaften können. Und sie müssen für Sachthemen Wege ins Fernsehen, Radio und Wirtschaftspresse finden, zumal Redaktionen oft grün präpariert sind. Gleichzeitig sind die Lebensmittelproduzenten mit ins Boot zu holen, denn sie machen aus landwirtschaftlichen Primärprodukten kaufbare, genießbare und hoffentlich auch gesunde Ernährungsmittel.